

„Ausbildung sichert Zukunft“

IHK-Ausbildungsplatzoffensive 2003

**Resolution der IHK-Vollversammlung
vom 08.04.2003**

Ausbildung sichert Zukunft – dem Nachwuchs eine Chance geben!

Die IHK-Vollversammlung appelliert an die Unternehmen der Saarwirtschaft, weiterhin alle Möglichkeiten auszuschöpfen, junge Menschen auszubilden. Die saarländische Wirtschaft bekennt sich zu ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung in der beruflichen Ausbildung. Jeder junge Mensch, der kann und will, soll eine Ausbildungschance erhalten.

Ausbildung ist zugleich eine der wichtigsten Formen der Zukunftsvorsorge. Die Schulentlasszahlen werden schon bald deutlich zurückgehen. Deshalb müssen wir die Facharbeiter, die wir in Zukunft dringend brauchen, bereits heute ausbilden.

Seit Mitte der 90er Jahre haben die saarländischen Unternehmen in der Ausbildung Bemerkenswertes geleistet: Die Zahl der eingetragenen Ausbildungsverhältnisse konnte um über 20 Prozent gesteigert werden. Bei der Ausbildungsdichte (Ausbildungsplätze je 1.000 Einwohner) ist das Saarland das beste der alten Flächenländer. Jedem Lehrstellenbewerber konnte - rein rechnerisch - ein Ausbildungsplatz angeboten werden. Hierfür danken wir den rund 2.800 ausbildenden Firmen aus Industrie, Handel und Dienstleistungen.

Im Ausbildungsjahr 2003 wird es äußerst schwierig werden, erneut eine ausgeglichene Bilanz auf dem Ausbildungsmarkt zu erreichen. Aufgrund der anhaltend flauen Konjunktur und der unbefriedigenden wirtschafts- und tarifpolitischen Rahmenbedingungen hatten viele Unternehmen deutliche Umsatz- und Ertragseinbußen zu verzeichnen. Vielfach war es nötig, Personal abzubauen. Die hohe Zahl der Insolvenzen macht anschaulich, wie schwer die Lage in einigen Branchen ist. In einem solchen Umfeld gibt es eine wachsende Zahl von Unternehmen, die kaum noch in der Lage sind, die hohen Aufwendungen zu tragen, die eine qualifizierte Berufsausbildung erfordert. Um dennoch einen Ausgleich auf dem saarländischen Ausbildungsmarkt herbeizuführen, ist eine konzertierte Aktion aller Beteiligten notwendig.

Die wichtigste Voraussetzung für mehr Ausbildungsplätze ist, dass die Bundesregierung und die Tarifpartner durch zügige Reformen und moderate Tarifabschlüsse dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung nachhaltig zu verbessern.

Die IHK Saarland selbst wird ihre Anstrengungen in der beruflichen Ausbildung weiter intensivieren und hierzu eine 10-Punkte-Agenda „Ausbildung sichert Zukunft“ umsetzen. Mit dieser Agenda wollen wir dazu beitragen, dass das Saarland seine Spitzenposition im Reigen der Bundesländer in diesem Jahr wieder erfolgreich behaupten kann. Zu den Maßnahmen gehören u. a.

- die gezielte Werbung für neue Berufe,
- die Organisation von Ausbildungsverbänden,
- die offensive Ansprache ausländischer Unternehmen,
- die besondere Unterstützung von jungen Unternehmen, die erstmalig ausbilden,
- der Einsatz von ehrenamtlichen Lehrstellenlotsen,
- die Initiative „Mehr Ausbildungsplätze in den Kreisen“ (mit Medienpartner Saarbrücker Zeitung),
- gemeinsame Initiativen mit Wirtschaftsförderern und Gründerzentren.

Die Mitglieder der IHK-Vollversammlung gehen mit gutem Beispiel voran. Die in der Vollversammlung vertretenen Unternehmen verpflichten sich, im Jahr 2003 zusammen mehr Ausbildungsplätze bereitzustellen als im Vorjahr. In 2002 haben sie insgesamt 534 Ausbildungsverträge abgeschlossen.

Von der Politik und den Arbeitnehmerorganisationen erwarten wir, dass sie gemeinsam mit der Wirtschaft darauf hinwirken, die Rahmenbedingungen für die Berufsausbildung schnellstens zu verbessern.

- Die Wirtschaft braucht neue und flexible Berufsbilder. Insbesondere im Dienstleistungssektor kann auf diese Weise weiteres Ausbildungspotential erschlossen werden.
- Für praktisch Begabte müssen theoriereduzierte Berufsbilder entwickelt werden.
- Gesetzliche und tarifliche Regelungen müssen entbürokratisiert und den betrieblichen Möglichkeiten flexibel angepasst werden.
- Es muss der Grundsatz gelten: Ausbildung geht vor Übernahme.
- Die Ausbildungsreife der Schulabgänger muss durch die Steigerung der Qualität des allgemein bildenden Schulsystems verbessert werden.

Je stärker sich die Tarifpartner bei den Ausbildungsvergütungen zurückhalten und je rascher es gelingt, durch neue Berufsbilder sowie durch Entbürokratisierung und Flexibilisierung Anreize für mehr Ausbildung zu schaffen, desto besser wird die Bilanz auf dem Ausbildungsmarkt ausfallen. Die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe wäre kontraproduktiv. Sie würde das Engagement der Wirtschaft in der beruflichen Ausbildung eher lähmen als fördern.

Die Vollversammlung sieht die öffentliche Hand und die Arbeitnehmerorganisationen zudem in der Pflicht, die Anstrengungen zur beruflichen Ausbildung im eigenen Verantwortungsbereich uneingeschränkt fortzusetzen.